

SPD-Deutschlandpolitik – gegen die Interessen der Deutschen

1. Die SPD verläßt die gemeinsamen Grundlagen in der Deutschlandpolitik

Noch in den siebziger Jahren bestand unter den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Einigkeit über die offene deutsche Frage. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion vom 12. August 1970 sowie der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 **erklärte der Deutsche Bundestag** unter anderem:

„Der Deutsche Bundestag hält angesichts der Tatsache, daß die endgültige Regelung der deutschen Frage im Ganzen noch aussteht, den Fortbestand dieser Rechte und Verantwortlichkeiten (der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin) für wesentlich.“

Heute weichen führende SPD-Politiker von dieser Gemeinsamkeit aller demokratischen Parteien in der deutschen Frage ab. Sie sind bereit, nationale Interessen einer fragwürdigen „zweiten Phase der Entspannungspolitik“ zu opfern.

So eröffnete **Hans Apel MdB** die Diskussion um die deutsche Frage mit der Bemerkung: „Die Fakten sind die, daß es zwei deutsche Staaten gibt, die füreinander nicht Ausland sind. Aber die deutsche Frage ist insofern auch nicht mehr offen, sondern hier sind wichtige Fakten geschaffen worden. Der Grundlagenvertrag zwischen den beiden Staaten macht das ja auch deutlich“ (N/WDR/Zeitfunk, 11. August 1984). Apels Begründung: „Die Bundesrepublik ist Teil des Westens ... die DDR gehört zum Warschauer Pakt ... und damit wird klar, daß insofern ... die deutsche Frage nicht mehr offen ist. Hier sind Fakten geschaffen worden, zwei deutsche Staaten“ (Deutschlandfunk, 24. August 1984).

Für **Willy Brandt** ist „die deutsche Frage schon wegen vorliegender Verträge nicht einfach offen ...“ (General-Anzeiger, Bonn, 25. September 1984). Und **Egon Bahr MdB** hält die deutsche Frage für „so offen, daß der Horizont nicht erkennbar ist“ (Sommertagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing vom 14. bis 16. Juni 1985, in: Tutzinger Materialien, Nr. 23/1985, S. 5). Bahrs Begründung: „Die deutsche Frage ist nicht akut, solange es die NATO gibt“ (a. a. O., S. 2).

Klaus Bölling glaubt unter bestimmten Bedingungen, z. B. Berufung auf den Friedensvertragsvorbehalt, hinter „der offenen deutschen Frage gewollt oder ungewollt den Charakter einer verdeckten Kriegserklärung an die Adresse der DDR“ zu erkennen (a. a. O., S. 7).

Wenn führende SPD-Politiker die deutsche Frage als nicht mehr offen bezeichnen, handeln sie nicht im Interesse der Deutschen in Ost und West. Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die überwältigende Mehrheit aller Deutschen an der nationalen Einheit trotz der Teilung und gesellschaftspolitischer Unterschiede festhalten und Deutschland als ihr Vaterland ansehen. Der Ost-Berliner Wissenschaftler Prof. Dr. Robert Havemann machte dies zum Beispiel in einer Fernsehsendung „Report“ Ende Mai 1976 deutlich: „Die Deutschen denken gar nicht daran, die Zerstörung ihrer nationalen Einheit einfach hinzunehmen. Und alles, was bis jetzt sich nach dem Krieg entwickelt hat, hat nach wie vor einen provisorischen Charakter. Man weiß auch, daß die DDR ebenso wie die Bundesrepublik einfach nur bestehen können wegen der internationalen Spannungen zwischen Ost und West, wegen der ungelösten Weltfragen — also eine provisorische Situation darstellen.“

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt, weshalb die deutsche Frage offenzuhalten ist. Denn es geht nicht nur um die Teilung Berlins und Deutschlands, sondern auch um die Teilung Europas. Wer die Teilung Deutschlands in Kauf nimmt, der akzeptiert auch die Teilung Europas. Soll so die „europäische Friedensordnung“ aussehen, die die SPD ständig proklamiert?

Eine Friedensordnung in Europa, die diesen Namen verdient, gibt es nicht gegen die deutschen Interessen, sondern nur wenn sie Frieden und Freiheit für alle Deutschen verwirklicht.

2. Die SPD wird mit der Übernahme der Geraer Forderungen zum Interessenvertreter der SED

Ohne Not haben sich SPD-Politiker inzwischen mehrheitlich die 1980 formulierten sogenannten Geraer Forderungen des DDR-Staats- und

Parteichefs Erich Honecker zu eigen gemacht, die sie früher strikt abgelehnt hatten: Die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der DDR, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und die Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe.

Die SPD erhebt sich so in den Rang eines Anwalts der DDR, denn Honecker selbst hatte bereits am 13. März 1983 diese Forderungen ausdrücklich aus dem aktuellen innerdeutschen Dialog ausgenommen, als er erklärte, man solle „nicht jene Fragen in den Vordergrund stellen, die man im Augenblick nicht lösen kann“, sondern die Probleme in Angriff nehmen, „die uns wirklich helfen, ein Stück in der Entwicklung der deutsch/deutschen Beziehungen vorwärts zu kommen“ (Informationen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Nr. 6/1983, S. 6).

Die DDR-Führung kann in der Tat Zurückhaltung üben, weiß sie doch, daß sie sich bei der Durchsetzung ihrer Forderungen der SPD bedienen kann. Bewußt oder unbewußt machen sich führende Sozialdemokraten damit aber zu Interessenvertretern der kommunistischen SED.

So erklärte der unterlegene SPD-Spitzenkandidat bei der niedersächsischen Landtagswahl und jetzige Fraktionsvorsitzende, **Gerhard Schröder**, nach einem Treffen mit Honecker in Ost-Berlin: Die Gespräche hätten ihn davon überzeugt, daß das Festhalten an der Elbegrenze am nordöstlichen Ufer nicht die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR erleichtere. Man würde in den Bemühungen um die Sauberhaltung des Flusses schneller vorankommen, wenn man sich den Standpunkt der DDR zu eigen mache. Honecker erhielt von Schröder die Zusicherung, daß er als Ministerpräsident von Niedersachsen die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter auflösen würde (zitiert nach Neue Osnabrücker Zeitung, 19. Dezember 1985).

Der Landesausschuß der **SPD Schleswig-Holstein** hält in einer Resolution zur Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik folgende Diskussions- und Lösungsansätze für erforderlich: „Die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer unter Einbeziehung der Berliner Bundestagsabgeordneten, die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter als einer die Souveränität der DDR anfechtenden Institution, politische Verhandlungen zur Lösung der strittigen Frage des Verlaufs der Grenze auf der Elbe, ... In einem solchen Zusammenhang wäre die Einigung auf einen Grenzverlauf in der Strommitte ein in beiderseitigem Interesse wünschbares Ergebnis. Die auf der Grundlage des Grundgesetzes mögliche volle Respektierung der Staatsangehörigkeit der DDR im Rahmen der Gesetzgebung wie konkreten Verwaltungshandelns der Behörden der Bundesrepublik“ (SPD-Pressedienst, 21. Januar 1986).

Björn Engholm MdL machte in einem Gespräch mit SED-Politbüromitglied Hermann Axen deutlich, daß die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter genauso erforderlich sei wie offizielle Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer. Einer Einigung über den Verlauf der Elbgrenze in der Flußmitte stehe „kein vernünftiges Argument“ entgegen (zitiert nach dpa, 10. März 1986).

In einem Antrag des **SPD-Landesvorstandes Berlin** zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlin-Politik heißt es unter anderem: „Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft ist durch eine Erklärung der Bundesregierung zu verdeutlichen ... Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter ist wirkungslos und überflüssig. Sie soll durch die Bundesländer aufgelöst werden. Die Feststellung des Verlaufs der Elbe-Grenze in Strommitte ist in beiderseitigem Einvernehmen möglich“ (Antrag des SPD-Landesvorstandes Berlin zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlin-Politik an den SPD-Bundesparteitag 21. Juni 1986, S. 15).

Was wären die Konsequenzen, wenn die Geraer Forderungen Wirklichkeit würden?

Eine Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin in Botschaften würde den Grundlagenvertrag selbst in Frage stellen, denn dieser geht prinzipiell davon aus, daß die beiden Staaten in Deutschland zueinander nicht Ausland sind. Der Status quo gegenüber den kommunistischen Staaten, den die SPD ständig beschwört, um zum Beispiel deutsche Rechtspositionen im Verhältnis gegenüber osteuropäischen Nachbarn herunterzuspielen, scheint für die SPD nicht mehr wichtig zu sein, sobald die DDR an ihr nicht mehr genehmen Verträgen zu rütteln beginnt.

Das Bestreben der DDR, die innerdeutsche Grenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg auf der Elbstrommitte festzulegen, wird von der Bundesregierung abgelehnt, die als Grundlage dieser Grenze weiterhin die alliierte Grenzziehung für die damaligen Besatzungszonen sieht. Nach dieser Vereinbarung gehört die Elbe an der kritischen Stelle bis zum Ostufer zur Bundesrepublik Deutschland. Die SPD schert das wenig. Sie hat ein offizielles Gutachten erstellen lassen, das sich die Auffassung der DDR zu eigen macht. Die Folge der Elbgrenzänderung: Die SPD wäre bereit, Gebiete der Bundesrepublik Deutschland an die DDR zu übertragen. Damit würde sie einem Friedensvertrag vorgreifen, dem eine Grenzziehung vorbehalten bleibt.

Die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter, deren Aufgabe darin besteht, die in der DDR begangenen Gewaltakte festzuhalten, ist notwendig, solange die DDR-Führung an der Mauer und der Zonengrenze schießen läßt, Hunde auf Menschen hetzt und unmenschliche Grenzsperren unterhält. Sie hat einen vorbeugenden Nutzen, denn sie kann unter Umständen DDR-Grenzer von

einer Gewalttat abhalten. Die Auflösung der Erfassungsstelle ist unsinnig, weil jede in der DDR begangene Straftat auch vor unsere Gerichte gebracht werden kann. Die SPD sollte daher offen sagen, ob es ihr überhaupt um die Erfassungsstelle geht oder nicht vielmehr um die Einschränkung des Geltungsbereiches des Strafgesetzbuches, so daß Unrechtstaten in der DDR und Ost-Berlin bei uns nicht mehr verfolgt werden könnten. Will die SPD wirklich die Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinnehmen?

3. Die SPD will die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen. Die Folge: Unsere Landsleute in der DDR werden zu Ausländern und die Berliner staatenlos

Nach Artikel 16 I Grundgesetz (GG) darf die deutsche Staatsangehörigkeit niemandem entzogen werden. Das gilt auch für die Bürger der DDR, denn deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes sind nicht nur die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die Bürger der DDR. Das Bundesverfassungsgericht verweist ausdrücklich auf das „einheitliche Staatsvolk des Völkerrechtssubjektes Deutschland (Deutsches Reich)“ (BVerfGE 36,1 [2,30]).

Als einziger demokratisch legitimierter Staat auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches hält die Bundesrepublik Deutschland den Anspruch aufrecht, daß alle Bewohner dieses Gebiets die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und jederzeit Bürger der Bundesrepublik Deutschland werden können.

Daraus ergeben sich Grenzen für eine „Anerkennung“ oder „Respektierung“ der DDR-Staatsbürgerschaft. Die Ausübung der Personalhoheit durch DDR-Organe wird bereits heute im Interesse eines konfliktfreien Nebeneinanders durch die Organe der Bundesrepublik Deutschland „respektiert“, aber nicht anerkannt. Die Begriffe „respektieren“ und „anerkennen“ werden also nicht synonym verwendet.

Ein „respektieren“ in diesem Sinne reicht der DDR-Führung aber nicht. Seit langem arbeitet sie beharrlich und systematisch darauf hin, den im Grundlagenvertrag der beiden Staaten in Deutschland enthaltenen Vorbehalt der Bundesregierung in bezug auf die Staatsbürgerschaft abzuschaffen.

Auch führende SPD-Politiker machen keinen Unterschied zwischen „respektieren“ und „anerkennen“ und unterstützen damit die Argumentation der SED, die die „volle Respektierung“ ihrer Staatsbürgerschaft als

völkerrechtliche „Anerkennung“ betrachtet. So erklärte Honecker in einem „Zeit“-Interview auf die Frage: In Gera hieß es noch „Anerkennung“, später hieß es „Respektierung“. Gibt es da einen Unterschied? — „Ich sehe in dieser Frage keinen Unterschied. Man kann respektieren, man kann anerkennen“ (Neues Deutschland, 31. Januar 1986).

Die DDR-Führung hat für dieses Ziel einen heimlichen Bündnispartner in der SPD gefunden. Immer mehr führende SPD-Politiker wollen der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft zugestehen:

So machte sich der **SPD-Fraktionsvorstand** am 23. September 1985 auf seiner Sitzung in Berlin eine Entschließung der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder zu eigen, in der es unter anderem heißt: „Aus der wechselseitigen Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten ergeben sich Folgerungen für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft“ (zitiert nach dpa, 23. September 1985).

Für **Gerhard Schröder MdB** ist es bereits „eine Verlogenheit“, wenn in der Bundesrepublik Deutschland bestritten werde, daß die DDR eine eigene Staatsbürgerschaft besitzt. Er sprach sogar von „eigenem Territorium“ und „eigenem Staatsvolk“ der DDR (zitiert nach Neue Osnabrücker Zeitung, 19. Dezember 1985).

Auch die **SPD Schleswig-Holstein** setzt sich offen für die „Akzeptanz der Staatlichkeit der DDR durch alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik“ ein (Resolution des Landesausschusses der SPD Schleswig-Holstein zur Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik, in SPD-Pressedienst, 21. Januar 1986).

Wie auch in anderen Dingen machte sich **Oskar Lafontaine** mit seiner in Ost-Berlin abgegebenen Erklärung zum Vorreiter in der SPD gegen westliche Positionen: „Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt“ (FAZ, 15. November 1985).

Durch die Umwertung von Begriffen fordert die SPD einen „stillen Verfassungswandel“ und die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft. Die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der DDR bedeutet aber einen Verfassungsbruch. Denn die gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit zählt zu den in der Präambel zum Grundgesetz angesprochenen verfassungfesten Grundlagen der durch das Grundgesetz geschaffenen neuen deutschen Staatlichkeit; sie ist als notwendiger Bestandteil des fortbestehenden Völkerrechtssubjektes „Deutschland als Ganzes“ letztlich Bestandteil und conditio sine qua non der Vorbehaltstrechte der Siegermächte. Eine Verfassungsänderung über Art. 79 II GG — wie sie

zum Beispiel Reinhold Hiller SPD-MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, vorgeschlagen hat: „Man muß sich ernstlich überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Bundestag die Verfassung zu ändern“ (Kieler Nachrichten, 16. Mai 1985) — wäre daher ebenso verfassungswidrig wie die Propagierung eines „stillen Verfassungswandels“.

Die politischen Konsequenzen der Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft für unsere Landsleute in der DDR und in Berlin wären:

- Die Berliner würden staatenlos.
- Unsere 17 Millionen Landsleute in der DDR würden ausgebürgert und bei einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland Ausländern gleichgestellt.
- Die DDR würde damit zum Ausland.

4. Die SPD gibt den Anspruch auf die Wiedervereinigung auf und gefährdet damit das Recht auf freie Selbstbestimmung

In der Präambel zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk ... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Das Bundesverfassungsgericht hat aus der Präambel des Grundgesetzes die Wiedervereinigung als verfassungsrechtliches Gebot und damit als Rechtspflicht abgeleitet: „Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Ziels hinzuwirken ...“ (BVerfGE 36, 1 ff).

Parteien — also auch die SPD — sind wegen ihrer besonderen Stellung als Quasi-Verfassungsorgane auch an diese Rechtspflicht gebunden. Die Sozialdemokraten haben sich davon längst entfernt. In dem 107 Seiten starken „Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm“ widmet die SPD nur eine einzige Seite „Deutschland“. Hieß es im Godesberger Programm noch: „Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in

freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können“, so taucht im Irseer Programm das Ziel der Wiedervereinigung nicht mehr auf.

Nicht einmal von den „zwei Staaten in Deutschland“, von denen Brandt in seiner ersten Regierungserklärung zur „neuen Ostpolitik“ ausging, ist noch die Rede. Kein Wort zum Ziel eines freien Zusammenlebens der Deutschen in Deutschland. Dies entspricht kaum den gesamtdeutschen Geboten des Grundgesetzes (Offenhalte-, Wahrungs- und Wiedervereinigungsgebot) und den durch die Ostverträge ausdrücklich unberührt gelassenen Verpflichtungen des Deutschlandvertrages.

Der Irseer Programmentwurf liegt hinsichtlich der Fragen der Wiedervereinigung bzw. der staatlichen Einheit Deutschlands auf einer Linie mit den Aussagen führender Sozialdemokraten. Diese sprechen sich offen für den Verzicht auf staatliche Einheit aus und stellen Überlegungen an, das Wiedervereinigungsgebot der Präambel unseres Grundgesetzes zu streichen:

So äußerte **Willy Brandt**: „Ich frage mich manchmal, ob wir alle genau gelesen haben, was in der Präambel steht. Das Wort Wiedervereinigung kommt nicht vor. Ich habe seit langer Zeit diesem ‚Wieder‘ nichts abgewinnen können. Im Grundgesetz steht, daß die Einheit vorangebracht werden soll. Es gibt Leute, die sagen, für sie verwirklicht sich ein Stück Einheit, wenn sie zum Kaffeetrinken nach Dresden fahren können“ (General-Anzeiger, Bonn, 25. September 1984).

Unverblümt tritt **Reinhold Hiller MdB**, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, dafür ein: „Zwei deutsche Staaten sind es und sollen es auch bleiben“ (Kieler Nachrichten, 16. Mai 1985).

Jürgen Schmude MdB stellte ausgerechnet in einer Rede vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland den Wiedervereinigungsanspruch der Präambel des Grundgesetzes und das Grundlagenurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 zur Disposition, als er fragte, ob der Wiedervereinigungsanspruch der einzige verfassungsrechtlich zulässige Weg zur Wiedervereinigung sei; es erzwinge sich „doch geradezu die Frage, ob nicht auch der Verfassungsgeber allmählich daran gehen muß, aus den Erfahrungen der vierzig Jahre Konsequenzen zu ziehen“ (Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 17. Mai 1985, S. 9 ff.).

Klaus Bölling verneinte die Frage, ob der Grundgesetzauftrag zur Wiedervereinigung noch sinnvoll sei: „Die Präambel zu unserem Grundgesetz ist mit ihrer Forderung nach deutscher Wiedervereinigung nicht mehr realistisch und sollte geändert werden“ (Express, 21. Mai 1985). Seine Begründung: „Es gibt, wir müssen uns das endlich eingestehen, nichts wiederzuvereinigen“ (Tutzinger Materialien, Nr. 23/1985, S. 10).

Auch der einflußreiche „**Frankfurter Kreis**“ der SPD fordert: „Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden“ (Leitantrag des „Frankfurter Kreises“ der SPD: „Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD“ an den Bundesparteitag, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. Februar 1986, S. 10).

Eine Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes unseres Grundgesetzes nutzt nur den Machthabern der SED

Man muß sich fragen, wem eigentlich die von führenden Sozialdemokraten betriebene Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes am meisten nutzt. Die Antwort ist einfach: nicht den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und schon gar nicht unseren Landsleuten in der DDR. Sie nutzt allein den Machthabern der SED. Mit dieser Politik macht sich die SPD „zum Anwalt der Interessen des SED-Regimes, das in der Grundgesetzpräambel ein Hindernis für die volle Anerkennung der Gleichberechtigung der DDR sieht“ (Neue Zürcher Zeitung).

Mit diesen Äußerungen korrespondiert, daß auch das völkerrechtlich unstrittige **Recht** auf Selbstbestimmung im Irseer Entwurf auf die „**Chance der Selbstbestimmung**“ reduziert wird. Letztlich ist dies auch Augenwischerei. Denn wer die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes unseres Grundgesetzes will, der bestreitet den Deutschen auch ihr Recht auf freie Selbstbestimmung.

Herbert Wehner fand schon 1966 in einem Gespräch mit Günter Gaus deutliche Worte für diejenigen Politiker, die das Selbstbestimmungsrecht aufgeben wollen:

GAUS: Wenn es richtig ist, daß die Selbstbestimmung für Deutschland nur mit kriegerischen Machtmitteln durchgesetzt werden kann — und so ist es gemäß Jaspers Definition —, haben wir dann nicht das Recht und auch die Pflicht, über das Verlangen jener, für die das Selbstbestimmungsrecht sein soll, hinwegzugehen?

WEHNER: Nein, das Recht hätten wir nicht. Wir wären Strolche. Es sind zwei völlig verschiedene Fragen, ob ich ein Recht durchsetzen kann, oder ob ich das Recht, das nicht durchzusetzen ist, wachhalte. Wenn es nicht geht, dann geht es eben mehr oder weniger lange nicht; dann bleibt diese Frage zwischen diesen Staaten oder Mächten offen, solange, bis sie einmal lösbar sein wird. Aber mit dem Preisgeben eines Rechts versündigten wir uns am Nächsten und würden uns selbst schwer schaden.

GAUS: Sie räumen ein, daß man wohl lange auf die Praktizierung des Selbstbestimmungsrechts verzichten muß, da man keine Machtmittel einsetzen will. Wenn das so ist, liegt dann nicht in dem Wachhalten des

Selbstbestimmungsanspruchs die Gefahr, daß in der Bundesrepublik schließlich Wünsche nach dem Einsetzen von Machtmitteln wach werden?

WEHNER: Gefahren gibt es immer, und wenn einer aus Angst vor Gefahren nichts tut, dann bildet er selber eine Gefahr. Das Wachhalten heißt doch nicht das Aufstacheln; sondern das heißt, daß man die Mittel, die die Politik bieten kann oder die sich aus der Politik entwickeln lassen, nutzbar zu machen versucht, um bei Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Selbstbestimmung unter den gegebenen Macht- und Weltverhältnissen ein Höchstmaß an Erleichterung für die Deutschen, denen das Recht sehr fühlbar vorenthalten wird, wirksam werden zu lassen.

(Günter Gaus, „Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? – Gespräche mit Herbert Wehner“, Hamburg 1966, Seite 78 f.).

5. Die SPD gefährdet mit ihrer Politik die Freiheit von Berlin

Nach wie vor gilt für die geteilte deutsche Hauptstadt, für West-Berlin wie für Ost-Berlin, der Vier-Mächte-Status, den die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zunächst in London 1944 und dann im Potsdamer Abkommen 1945 für Berlin festgelegt haben. Seine letzte Bekräftigung fand er im Vier-Mächte-Abkommen von 1971. Dieses Abkommen bezog sich nicht nur auf West-Berlin, sondern auf ganz Berlin, schloß also Ost-Berlin und die dort bestehenden Rechte der Sowjets beziehungsweise der Alliierten insgesamt unmittelbar ein. Wenn die Sowjetunion erklärt, daß Ost-Berlin längst (integraler) Teil der DDR sowie Hauptstadt der auch hinsichtlich der Ost-Berlins souveränen DDR sei, so ist dies nichts anderes als schlichte Propaganda. In Wahrheit haben auch die Sowjets bis auf den heutigen Tag stets an ihren Rechten in und gegenüber Ost-Berlin wie hinsichtlich Deutschlands als Ganzem festgehalten.

Diese Rechtsposition ist die Grundlage für die Freiheit West-Berlins. Wer daran rüttelt, gefährdet die Freiheit West-Berlins und bestätigt die rechtswidrige Position der DDR, Ost-Berlin zur Hauptstadt der DDR zu machen.

Die Berliner SPD hat sich mit den Beschlüssen ihres letzten Parteitages an die Spitze derjenigen gestellt, die mit der Infragestellung unserer Rechtsauffassung die Freiheit Berlins gefährden und sich die Auffassungen der DDR zu eigen machen. Während der Ostteil der Stadt für die Berliner SPD „unübersehbar zur Hauptstadt der DDR“ geworden ist, wird für den Westteil festgestellt, er gerate „in Widerspruch zur Realität“, wenn er sich weiterhin als „abgetrennter Teil der gesamtdeutschen Hauptstadt im Wartestand versteht“

(Antrag zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlinpolitik der SPD, angenommen auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 21. Juni 1986).

Die ihr zugeschriebene Rolle könne Berlin (West) nach Meinung der SPD erst dann spielen, wenn der „trennende Charakter der Berlin (West) umgebenden Grenzen“ überwunden sei. Normalität könne erst durch die „Herstellung all der vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbinden“, geschaffen werden (Antrag zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlinpolitik der SPD zum Landesparteitag der Berliner SPD am 21. Juni 1986).

Seit langem vertritt die DDR eine Drei-Staaten-Theorie und will mit der Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft zugleich eine eigene Staatsbürgerschaft für West-Berlin erreichen. Die Berliner SPD leistet mit ihrer Haltung dem Bestreben der DDR nach Anerkennung der Drei-Staaten-Theorie Vorschub und gefährdet damit den Status und die Freiheit von West-Berlin. Treffend machte das SPD-Mitglied Prof. Gesine Schwan auf die Konsequenz solcher Politik aufmerksam: „Versöhnung mit dem Umland“ heißt „langfristiger Anschluß an die DDR“ (Der Tagesspiegel, 29. Juni 1986).

Der Berliner Professor Manfred Wilke, Mitglied der SPD, erklärt die Entwicklung innerhalb seiner Partei damit, daß die „deutschlandpolitische Perspektive der Berliner Sozialdemokraten in seiner weltpolitischen Lagebeschreibung eindeutig auf die außenpolitische Interessenlage der Sowjetunion verweist“. Die Folge: „Das Berliner Papier macht die SPD zur russischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland“ (Manfred Wilke: „Die SPD vor der zweiten Phase der Entspannungspolitik“, hektographiertes Manuskript, Juli 1986, S. 23).

Zu den deutschlandpolitischen Auswirkungen der Beschlüsse des Berliner Landesparteitages hier einige Pressestimmen:

■ „Der merkwürdige Beitrag des Landesparteitages verdeutlicht nach Geist und Buchstaben den nahezu unverhüllten Einstieg in den Ausstieg aus verantwortbarer Politik im geteilten Deutschland“ (General Anzeiger, Bonn, 23. Juni 1986).

■ „Das SPD-Papier nährt die Illusion eines deutschen Weges, bei dem Berlin allenfalls noch am Wegesrand liegt — die SPD, einst die klassische Berlin-Partei, weiß nichts mehr mit der Metropole der Deutschen anzufangen“ (Die Welt, 23. Juni 1986).

■ „Mit den bisherigen Positionen der SPD in der Sicherheits- und Deutschlandpolitik sind diese Berliner Ansichten nicht in Einklang zu bringen. Und zwar weder was den Konflikt mit den westlichen Schutzmächten in Berlin,

noch was die Bereitschaft betrifft, Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR anzuerkennen“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 23. Juni 1986).

■ „So schwer es einem zu sagen fällt: Die Berliner SPD ist auf dem Marsche zur deutsch-nationalen Linkspartei, für die das heutige westliche Bündnis offenbar den gleichen Stellenwert hat wie für die deutsch-nationalen Rechtsparteien der Weimarer Republik der Vertrag von Versailles“ (Der Tagesspiegel, 24. Juni 1986).

■ „Wer wie die Berliner Sozialdemokraten ein Bild von einer Metropole mit eigenständigem Profil und von der Versöhnung Berlins mit seinem Umland zeichnet, der schließt den Anschluß West-Berlins an die DDR nicht mehr aus“ (FAZ, 20. Juni 1986).

6. Die SPD verwischt den Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur

Alle demokratischen Parteien sind als „Quasi-Verfassungsorgane“ an die vom Bundesverfassungsgericht im Grundvertragsurteil hervorgehobene „Distanzpflicht“ zur DDR gebunden (BVerfGE 36, 1 [29]).

Das Bundesverfassungsgericht hat diese „Distanzpflicht“ aus dem Wiedervereinigungsgebot abgeleitet. Danach haben die deutschen Verfassungsorgane die verfassungsrechtliche Pflicht, das öffentliche Bewußtsein nicht nur für die bestehenden Gemeinsamkeiten, sondern auch dafür wachzuhalten, welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede zwischen der Lebens- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Lebens- und Rechtsordnung der DDR bestehen.

Die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sind auf Grund der Distanzpflicht verpflichtet, die Grenzlinien nicht zu verwischen oder undeutlich zu machen, die zwischen der Einheitspartei eines totalitären Staates und einer demokratischen Partei in einem freiheitlichen Staat, zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Herrschaft bestehen.

Früher war auch die SPD dieser Meinung. Im Godesberger Programm (1959) verurteilte sie die kommunistische Machtpolitik ausdrücklich.

„Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker ... Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.“ Im Irseer Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm steht davon kein Wort mehr.

Heute hat die SPD über Gespräche, Verhandlungen und Konsultationen ein wahres „Netzwerk“ von intensiven Beziehungen zur kommunistischen SED geknüpft. So gibt es regelmäßige Treffen

- der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) und der Jungsozialisten mit der FDJ auf Bundes- und Landesebene;
- der Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sowie
- der SPD-Bundestagsfraktion mit der DDR-„Volkskammer“.
- Darüber hinaus gibt es eigene deutschlandpolitische Initiativen des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein.
- Erstmals entsandte die SPD im April 1986 — als sich die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED unter Sowjetregie in Mitteldeutschland gerade zum 40. Male jährt — eine offizielle Delegation zum Parteitag der SED in Ost-Berlin.
- Erstmals seit 1918, als sich die deutsche Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten spaltete, gibt es auf Initiative der SED seit 1984 regelmäßige Gespräche mit der Grundwertekommission der SPD.
- Schließlich haben SPD und SED gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet. Nach der inzwischen erzielten Vereinbarung über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa wird jetzt über eine kernwaffenfreie Zone verhandelt.

Ein Überblick über Aktivitäten der SPD seit Anfang 1986 zeigt, welch engmaschiges Netz Sozialdemokraten inzwischen zur SED geknüpft haben:

- Am 9. März traf eine Delegation der SPD Schleswig-Holsteins unter Leitung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Björn Engholm, zu einem mehrtägigen Informationsbesuch in der DDR ein. Am 10. März wurde er von Politbüro-Mitglied Hermann Axen und von Volkskammer-Präsident Horst Sindermann empfangen.
- Am 3. April führte SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, in Ost-Berlin Gespräche mit dem Direktor des DDR-Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, Max Schmidt, über „die gemeinsame Sicherheit im Nuklearzeitalter“.
- Am 11. April besuchte der Stellvertretende SPD-Vorsitzende, Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit mehreren Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes Ost-Berlin, wo er sich über die bauliche Entwicklung der Stadt unterrichten ließ. Vogel traf mit SED-Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Hermann Axen zu einem Gespräch zusammen.

- Am 16. April traf der Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung Wilhelm Bruns als Vertreter der SPD als Guest beim 11. Parteitag der SED in Ost-Berlin ein.
- Am 7. Mai wurden die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, Johannes Rau und Oskar Lafontaine, die sich zu Besuchen in Ost-Berlin aufhielten, vom SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden, Erich Honecker, empfangen.
- Am 12. Mai erörterten Vertreter der SPD, der SED und der KP der ČSSR Fragen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa. Zur Delegation der SPD gehörten die Bundestagsabgeordneten Egon Bahr und Karsten D. Voigt.
- Am 12. Mai reiste eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung von Hans Büchler zur Volkskammer der DDR, um Fachgespräche über Umweltschutzfragen zu führen. Sie traf unter anderem mit dem Volkskammer-Präsidenten, Horst Sindermann, zusammen.
- Am 21. Mai wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Karl-Heinz Hiersemann, der sich mit einer Delegation zu einem Besuch in der DDR aufhielt, vom SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker empfangen.
- Am 9. Juni wurde der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, der sich auf Einladung der Zeitschrift „Einheit“ des ZK der SED mit einer Delegation zu einem Besuch in der DDR aufhielt, von den Politbüro-Mitgliedern und ZK-Sekretären Egon Krenz und Kurt Hager empfangen.
- Vom 23. bis 27. Juni fanden in Bonn zwischen einer Delegation der FDJ-Fraktion der „Volkskammer“ und der SPD-Bundestagsfraktion Gespräche über Jugendpolitik und Fragen des Jugendaustausches statt.
- Am 5. September fand in Ost-Berlin bereits das sechste Gespräch (nach den Treffen am 6. Dezember 1985, 14./15. Februar 1986, 29. April 1986, 29./30. Mai 1986 und 30. Juni) zwischen SPD und SED zu Fragen der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa statt.

Die Annäherung zwischen SPD und SED hat offensichtlich eine Intensität erreicht, die sonst nur zwischen befreundeten Parteien üblich ist. Das pragmatische Argument, man dürfe den Kontakt mit den tatsächlichen Machthabern nicht scheuen, trifft wohl für die Regierung zu. Wenn es aber die SPD als Partei in Anspruch nimmt, muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, „daß sie sich freiwillig mit Leuten einläßt, deren sozialistisches Credo die Diktatur des Proletariats einschließt und deren Politik es ist, mit Hilfe eines staatlichen Unterdrückungsapparats und gelenkter Wahlen, den

Deutschen in der DDR das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern“ (Neue Zürcher Zeitung, 2. Dezember 1985).

Gegenüber den massiven Bedenken über diese vertrauensvollen und geradezu freundschaftlichen Kontakte zwischen SPD und SED äußerte Willy Brandt, die SPD könne es sich leisten, „über die lächerliche, obrigkeitssstaatlichem Denken entstammende Frage zu lachen“, ob die Sozialdemokraten überhaupt „mit denen im Osten“ reden und beraten dürfen, während sie in der Opposition seien. Die Kontakte führender SPD-Politiker mit hohen SED-Funktionären der DDR dienten zur Vorbereitung für die Übernahme der Regierungsverantwortung durch seine Partei (zitiert nach Stuttgarter Nachrichten, 14. April 1986).

Das enge Verhältnis zu den kommunistischen Machthabern scheint der SPD auch wichtiger zu sein als das Schicksal der Menschen in der DDR. Denn zu den Verletzungen der Menschenrechte in der DDR war von der SPD bei den zahlreichen Gesprächen mit der kommunistischen Führung kaum etwas zu hören. Dies läßt nur den Schluß zu: Klare Bekenntnisse zu den Menschen- und Freiheitsrechten für unsere Landsleute in der DDR haben offenbar keinen Platz in der „zweiten Phase“ sozialdemokratischer Entspannungs- politik. Treffend schreibt dazu die Berliner Politologin Gesine Schwan, lange Jahre Mitglied der SPD-Grundwertekommission: „Eine Beflissenheit gegenüber kommunistischen Forderungen, die sich deren Wunsch nach Distanzierung von oppositionellen Bewegungen, wie zum Beispiel der polnischen Solidarność, beugt, versieht sich an der Würde eines freien Menschen, verleugnet zum Schaden der westlichen Demokratie die eigenen Grundwerte und weckt dadurch Mißtrauen in die demokratische Zuverlässigkeit der Deutschen. Vor allem aber entmutigt solche Beflissenheit auch diejenigen in Osteuropa, deren ohnehin überaus schwierige, risikoreiche und vielfach entsagungsvolle Reformbemühungen das Unterpfand für den friedlichen Weg in ein zukünftiges geeintes Europa und ein einiges Deutschland bieten“ (Rheinischer Merkur, 20. Juli 1985).

7. Die Gegen-Deutschlandpolitik der SPD nutzt den DDR-Machthabern und fällt der Bundesregierung in den Rücken

Die SPD beläßt es aber nicht bei ihren freundschaftlichen Beziehungen zur SED. Vielmehr verhandelt sie ohne Wählerauftrag und ohne Abstimmung mit der verantwortlichen Bundesregierung mit einer kommunistischen Staatsführung.

So einigten sich SPD und SED in sechs Gesprächsrunden auf einen Vertragsentwurf über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa. Für die DDR ist das kein Problem; der „Vertragspartner“, die SED, ist regierende Staatspartei. In Bonn dagegen muß die SPD sich um die Zustimmung der Regierung bemühen. Arm in Arm ausgerechnet mit der SED fordert sie die Bundesregierung dazu auf, ein vorgefertigtes Produkt zu übernehmen. Es ist übrigens bemerkenswert und ein einmaliger Vorgang, daß dieser Vertragsentwurf anschließend als offizieller Vorschlag von der DDR-Führung der Bundesregierung übermittelt wurde.

Der Inhalt dieses Rahmenabkommens widerspricht der offiziellen Regierungspolitik, da die Bundesregierung bilaterale Abrüstungsverhandlungen ablehnt. Will die Bundesregierung selbst mit den östlichen Regierungen verhandeln, trifft sie bereits auf vorgefaßte und verfestigte Meinungen, die durch die Arbeitsgruppe der SPD mitgetragen wurden. Der durch die Verhandlungsinitiative von SPD und SED entstandene politische Druck auf die Bundesregierung ist verfassungspolitisch zumindest bedenklich.

Die SPD läßt sich als „Werkzeug“ mißbrauchen, um auf die Bundesregierung und die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland Einfluß zu nehmen.

Seit Dezember 1985 wird erneut zwischen SED und SPD verhandelt, diesmal über eine atomwaffenfreie Zone. Wieder maßt sich die SPD an, mit „Verhandlungen“ und „Abkommen“ von (vorgreifend) staatsrechtlicher Qualität die gewählte Regierung zu ersetzen. Sie verkennt, daß die Bundestagsmehrheit mit der Bestätigung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses nach langen öffentlichen und parlamentarischen Diskussionen mit triftigen Gründen eine atomwaffenfreie Zone in Deutschland ausgeschlossen hat. Während die Bundesregierung ihre Legitimation aus dem Mehrheitsentscheid der Bevölkerung bei der Wahl bezieht, versucht die SPD, die Entscheidung des Bundestages zu unterlaufen.

Die SPD handelt am Rande der demokratischen Legitimität; sie entfernt sich zunehmend von den Zielen unseres Grundgesetzes.

Die SPD macht sich zum Erfüllungsgehilfen der DDR-Führung und schadet objektiv den deutschen Interessen.